



es Nahen Ostens? Der IS auf dem Vormarsch (hier am 30. Juni in der nordsyrischen Stadt Rakka)

die NATO die Kooperation mit den Golfstaaten (und Jordanien).

Der Westen will sich die Kontrolle über die reichen irakischen Ölressourcen in Kirkuk und Basra und am Golf ebenso sichern wie den Zugang zu den reichen Gasvorkommen im östlichen Mittelmeerraum, auf die auch Israel Anspruch erhoben hat. In dem Kampf um die knapper werdenden Rohstoffe und die globale Kontrolle blicken die USA über den Mittleren Osten hinaus nach Asien, das sich bisher erfolgreich westlicher Dominanz verweigern konnte. Die Neuordnung des Nahen Ostens ist lange Bestandteil militärischer Planspiele. Bereits die französische Mandatsmacht (offiziell von 1922 bis 1943, de facto zwischen 1918 und 1946) versuchte, Syrien wiederholt in ethnische und religiöse Einheiten aufzuteilen. Nach dem Ersten Weltkrieg entstanden erste Pläne für einen »Neuen Mittleren Osten«, was die starke arabische Nationalbewegung und die Ost-West-Konfrontation zunächst bremsen konnte.

Solcherlei Absichten haben Bestand. Während des Libanonkrieges 2006 brachte die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice vergleichbare Pläne ins Gespräch. Die Leiden der Libanesen seien vergleichbar mit den »Geburtswehen des Neuen Nahen Ostens«, sagte sie. Die Region erlebe ein »konstruktives Chaos« als Vorstufe zu ihrer Neuordnung. Im September 2013 veröffentlichte die *New York Times* einen Artikel unter der Überschrift »Wie aus fünf Staaten 14 werden könnten«. Beigefügt war eine Landkarte des südöstlichen Mittelmeerraums und der Arabischen Halbinsel. Aufgeteilt werden auf der Karte Syrien und der Irak, Libyen, der Jemen und – nach dem Sturz der ansässigen Monarchie – auch Saudi-Arabien. Die vorgesehenen neuen Grenzlinien verlaufen ausschließlich entlang behaupteter religiöser und ethnischer Siedlungsgebiete. Syrien könnte demnach dreigeteilt werden. In der Küstenregion ist ein Gebiet unter Kontrolle der Alawiten (»Alawitistan«) vorgesehen. Im Norden könnte ein Gebiet »Kurdistan« entstehen, das sich über den Nordirak bis an die Grenze Irans erstreckt. Im Osten Syriens liegt dann

ein »sunnitisches Landesinnere« (»Sunnistan«), das weit in den Irak bis nach Bagdad hineinreicht. Dreigeteilt würde auch der Irak: »Kurdistan« im Norden, das von Syrien hereinreichende »Sunnistan« im Westen und im Süden und »Schiitistan«.

Der Süden »Sunnistans« grenzte an Jordanien und Saudi-Arabien, der Norden an die Türkei. Dieser »sunnitische Keil« entspricht aktuell dem Gebiet, in dem sich innerhalb nur eines Jahres der »Islamische Staat« im Irak und in der Levante ausgebreitet hat. Sowohl die Türkei als auch Saudi-Arabien nehmen die Aktivitäten dieser Gruppe offiziell zum Anlass, ihre Grenzen zu befestigen, aufzurüsten und (von der NATO) militärischen Beistand anzufordern. Riad hat sich von Deutschland mit einem militärischen Überwachungssystem (Zaunanlage) und zahlreichen Waffen ausrüsten lassen. In der Türkei sind Panzer und 10.000 Soldaten an der Grenze zum nordsyrischen Kobani (arabisch: Ain Al-Arab) aufmarschiert und sehen zu, wie der »islamische Staat« die selbsternannte kurdische Autonomiezone zerstört. Beide Staaten, die Türkei wie Saudi-Arabien, profitieren von der Entstehung eines solchen »sunnitischen Keils«. Einerseits, weil ihr Erzfeind Syrien dadurch weiter geschwächt und territorial verkleinert wird. Andererseits, weil die guten direkten Beziehungen zwischen Iran, Irak, Syrien und der libanesischen Hisbollah unterbrochen werden.

Aufmarschgebiet Golan

Weitgehend unbeachtet bleibt in westlichen Medien eine weitere Entwicklung, die sich in der entmilitarisierten Zone auf dem Golan zwischen Syrien und Israel abspielt. In dem syrischen Teil dieser Pufferzone agieren seit Ende 2012 Kampfverbände der »Islamischen Front« und der Nusra Front. Letztere gibt an, Vertreter von Al-Qaida in Syrien zu sein. Die »Islamische Front« ist ein Zusammenschluss verschiedener Brigaden und Kampftruppen, die teilweise auf Stammesstrukturen basieren und von Jordanien aus gesteuert werden.

So wie die dort stationierten UN-Truppen und die syrische Armee beobachtete auch Israel den

Vormarsch der Kämpfer in Richtung Kuneitra, der Provinzhauptstadt des Golan. Sie liegt etwa 50 Kilometer westlich der syrischen Hauptstadt Damaskus. Von Kuneitra zieht sich die entmilitarisierte Zone etwa 80 Kilometer nach Süden bis an die jordanische Grenze. Mehrfach haben die islamistischen Kampfverbände die in der Pufferzone stationierten UN-Blauhelme angegriffen, die in der UN-Mission UNDOF seit 1974 die Waffenstillstandslinie auf dem Golan kontrollieren. Vor wenigen Wochen wurden 45 Blauhelmsoldaten von den Fidschiinseln entführt und später – unter Vermittlung von Katar – in den israelischen Teil des Golans gelassen. Ein Kontingent philippinischer UN-Soldaten widersetzte sich einer Entführung und weigerte sich zunächst auch, seinen Posten zu verlassen, wie es die »Gotteskrieger« gefordert hatten. Nach zweitägigen Verhandlungen und einem Gefecht zog die UNO die Blauhelme ebenfalls in den israelischen Teil ab und kündigte den Rückzug aller Friedenstruppen aus dem syrischen Teil der Pufferzone an. Die islamistischen Kombattanten hatten ihr Ziel erreicht und konnten Waffen, Stellungen, Fahrzeuge und Uniformen der UN-Soldaten übernehmen. Die syrische Seite der entmilitarisierten Zone auf dem Golan ist nun ihr Aufmarschgebiet gegen die reguläre syrische Armee.

Als kürzlich ein syrischer Kampfjet eine Stellung der Nusra-Front angreifen wollte und dabei kurzfristig in den israelischen Luftraum geriet, wurde die Maschine von Israel abgeschossen. Unmittelbar darauf räumte die dortige Militärführung ein, man habe gewusst, dass die syrische Maschine Israel nicht habe angreifen wollen. Obwohl diese jahrzehntelang absolut ruhige Grenze zu Syrien durch die Kämpfe erheblich unsicherer geworden ist, scheint Israel diese Entwicklung nicht mit Sorge zu betrachten. Tel Aviv und seine westlichen Verbündeten haben von Damaskus (für die Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen) lange schon die Aufgabe der Golanhöhen gefordert. Eine weitere langjährige Forderung an die Führung in Damaskus lautet, die Unterstützung für palästinensische Widerstandsgruppen zu stoppen sowie die Beziehungen zur Hisbollah und zum Iran

aufzugeben. Assad hatte bis zum Gazakrieg 2010 mit Israel unter Vermittlung der Türkei indirekte Verhandlungen über einen zukünftigen Status der Golanhöhen geführt. Nun können Israel und der Westen beobachten, wie ihre Forderungen Schritt für Schritt von den islamistischen Milizen in Syrien umgesetzt werden.

Die Hisbollah und Iran werden durch den Krieg gegen Syrien gebunden, die palästinensischen Organisationen haben durch die Zerstörung des Flüchtlingslagers Jarmuk (bei Damaskus) ihre »Hauptstadt im Exil« und wirtschaftliche Basis verloren. Die Hälfte der 500.000 Palästinenser in Syrien ist auf der Flucht. Zudem sind die Palästinenser gespalten, weil sich Gruppen der Hamas am Krieg gegen die syrische Regierung beteiligen. Auf dem Golan haben die »Gotteskrieger« erfolgreich die UN-Blauhelme vertrieben und sich so ein Aufmarschgebiet für eine neue Offensive gegen Damaskus geschaffen.

Alle regionalen und internationalen Betreiber der Neuordnung der Region sind nur bedingt selbst aktiv an der Zerstörung Syriens und des Iraks beteiligt. Die Golfstaaten, Jordanien und die Türkei finanzieren Kampfverbände von der Nusra-Front bis zum »Islamischen Staat« im Irak und in der Levante. Sie bieten den Kämpfern ein Hinterland und lassen sie ungehindert ihre Grenzen passieren. Die Türkei und Jordanien und teilweise auch der Libanon haben seit Ende 2011 die tonnenweise Lieferung von Waffen an radikalislamischen Kriegsgruppen zugelassen. Erst kürzlich verwandelte sich das US-geführte Bündnis der »Freunde Syriens« in die »Anti-ISIL-Allianz« und bombardiert nun Stellungen der Gruppe im Irak und Syrien. Das geschieht nicht, um die syrische Regierung zu unterstützen, sondern soll die Neuaufteilung der Region zum Abschluss bringen. Offiziell heißt es, man müsse verhindern, dass kriegserfahrene Kommandos der Islamisten in ihre Herkunftsländer in Europa, in die Türkei oder an den Golf zurückkehren können. Tatsache ist, dass der Angriff den Gotteskriegern noch mehr Zulauf verschafft.

Die internationalen Akteure bedienen sich wie ihre arabischen Partner verschiedener Stammesverbände oder Milizen, die sie als Bodentruppen in diesem Stellvertreterkrieg einsetzen. Die BRD hat sich für eine umfassende militärische Unterstützung der nordirakischen Kurden unter Masud Barsani entschieden, einem engen Verbündeten der Türkei. Ansonsten verfolgt die Bundesregierung den NATO-Kurs, wonach die kurdischen Gruppierungen, die mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verbündet sind, wie die Partei für Demokratische Einheit (PYD) in Syrien, als »Terrororganisationen« eingestuft und verfolgt werden.

Verlierer UNO

Neben Syrien und dem Irak – durch deren politische und wirtschaftliche Schwächung und die fortschreitende Zerstörung von deren Staatsstrukturen – gehören auch die Vereinten Nationen zu den großen Verlierern der von den USA und deren Verbündeten angestrebten Neuordnung des Nahen Ostens. Drei UN-Sondervermittler (Kofi Annan, Lakhdar Brahimi, Staffan de Mistura) haben bisher vergeblich eine politische Lösung für den innersyrischen Konflikt gesucht, weil die regionalen und internationalen Akteure in dem Krieg nicht daran interessiert sind. UN-Hilfsorganisationen waren ebenso wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) heftigen Diffamierungen seitens der vom Ausland unterstützten Oppositionsgruppen (und ihrer Medien) ausgesetzt. Arabische Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben ihre Zahlungen an etliche der UN-Organisationen eingestellt und finanzieren stattdessen islamische und private Hilfseinrichtungen, die dank dieser Unterstützung auch den Einfluss der Geldgeber stärken.

■ Die Autorin schrieb zuletzt am 6.5. auf diesen Seiten über die russisch-syrischen Beziehungen.

■ Lesen Sie morgen auf den jW-Themaseiten:

Kiew formiert neue Front in der Ostukraine

Von Ralf Rudolph und Uwe Markus